

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Besitzgebiets bei täglich wechselnder Auflösung
bei einer monatlich Mitt. 2,20, durch Weißdruck
Mitt. 2,20 mind. 48,44 Mtl. Börsen, ohne
Bewilligungserlaubnis; bei Bekannter in österreichisch-
österreich. Einzel-Mit. 10 Mtl., bei gleichzeitig
Österreich. Einzel-Mit. 10 Mtl., bei gleichzeitig
Österreich. Einzel-Mit. 10 Mtl., bei gleichzeitig

Druck u. Verlag: Lipsch & Reichardt, Dresden-U. J. Marien-
straße 38/42. Fernsch. 25241. Postleitziffer 1008 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Unterhauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Kreisgerichtsamt 2. Kreisgericht 2. W. 1. W. 1. W. 1. W. 1.
(33 mm breit) 11,5 Mtl. Nachdruck nach § 101a R.
Bundesangelegenheiten u. Städteangelegenheiten
Seite 6 Rgt. Mittwoch, 20 Mtl. — Nachdruck
nur mit Zustimmung des Dresdner Nachrichten.
Unterschriften dieser Seite werden nicht aufbewahrt

Deutsche in Philadelphia überfallen

Merkwürdiges Verhalten der amerikanischen Polizei

Philadelphia, 25. März.

Ein aus Juden und Kommunisten zusammengesetzter Pöbelhaufen stürmte in Philadelphia das Versammlungskontor des Amerika-Deutschen-Bundes, der sich unter dem Vorsitz des Bundesleiters Kunze versammelt hatte, um den Anschluß Österreichs zu feiern.

Das Gesindel brach in den Versammlungsraum ein und provozierte dort eine wilde Schlägerei, in deren Verlauf mehrere Personen verletzt wurden. Die Polizei verhinderte nicht etwa die Kindertötung, sondern schloß zunächst die Versammlung. Erst nach geranter Zeit wurde das Versammlungsverbot aufgehoben, so daß die Feier mit großer Verspätung doch noch abgehalten werden konnte.

*
Schon mehrfach haben sich in dem Lande der „Freiheit“ die größten und gemeinsten Ausschreitungen gegen Deutsche ereignet. Da es scheint, als ob sich die Provokationen jüdisch-kommunistischer Hölzer zu einer endlosen, gießbereichen Kette aneinanderfügen sollten. Wir erinnern nur an die Schimpfungen der deutschen Flagge im Hafen von New York, die Boykott-Demonstrationen, die Dehydroxen eines La Guardia. Auch die Schimpfanoden eines Bischofs Mundstein gehören in dasselbe Kapitel. Die Vorgänge in Philadelphia sind unerhört und werden im ganzen deutschen Volke mit größter Empörung aufgenommen. Denn was ist geschehen: Die Deutschen in Philadelphia begehen unter sich in einem geschlossenen Raum einen Weltkult, der das größte deutsche gesellschaftliche Ereignis verbürtigt, die Heimkehr Österreichs zum Mutterland. In den Vereinigten Staaten haben sich die Deutschen aus dem bisherigen Reich und die aus Österreich stammenden schon immer eins gefühlt. Die Stunde, in der sie diese Einheit als nun auch staatlich be-

gründet feiern konnten, war eine heilige Stunde für sie. Keinen Amerikaner konnte ein solches Fest auch nur im geringsten föhlen. Doch es geschah das Unglaubliche: Juden und Kommunisten brachen freudenlos ein in den Weltkult, jährendes Unternehmendum töte sich auf. Was würden die Amerikaner sagen, wenn an einem Feiertag des amerikanischen Volkes Amerikaner in Deutschland überfallen würden! Ein Schrei der Entzückung würde austingen vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean, und wir würden Verständnis dafür haben. Aber abgesehen davon, daß solche Vorkommnisse in Deutschland unmöglich sind, würde die deutsche Polizei sich anders verhalten als die Beamten in Philadelphia, die anstatt gegen die Schuldigen vorgezogene, deren Stirnabzeichen Vorsicht leisteten, indem sie die Versammlung loslösen. Für eine solche Ungehorsamkeit — wir hoffen, daß es sich nur um eine solche handelt — haben wir kein Verständnis. Wir wissen, daß die anständigen Amerikaner nichts zu tun haben wollen mit politischen Gangtern, wie sie in Philadelphia in Erscheinung traten. Aber hat die „große Demokratie“ denn keine Mittel, solche Vorkommnisse zu verhindern? Ihr Anschein reicht bei uns wahrscheinlich nicht im Ausland, wenn wir immer wieder feststellen müssen, daß die vielfachste demokratische „Freiheit“ eine Angelegenheit ist, die das Unternehmendum möglichst rasch auszuhören kann. Was wird die amerikanische Regierung nun mehr vornehmen, um auf ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen? Das ist die Frage, auf die man eine Antwort erwarten kann.

Chamberlains Rede

Die außenpolitische Rede, die der englische Ministerpräsident Chamberlain gestern im Unterhaus hielt und mit der er auch die ausländische Presse stark beschäftigt, gibt einen klaren Überblick über die britische Außenpolitik. Sie bringt aber leiderlich über die britische Außenpolitik, was die englische Presse vorher angekündigt hat. Noch einmal stellt Chamberlain fest, daß die Generalversammlung ver sagt hat. Wenn er sich trotzdem zur Generalversammlung bekennet, so ist das wohl auf innerpolitische Gründe zurückzuführen, um keine weiteren Angriffsläden zu bieten. jedenfalls hat Chamberlain schon mehrfach erkennen lassen, daß er von Gent nichts hält. In seiner Rede grenzt der englische Ministerpräsident die Verpflichtungen Englands klar ab. Er macht einen Unterschied zwischen den Verpflichtungen, die automatisch in Kraft treten, und den anderen Fällen, in denen es England die Entscheidung vorbehält. Das entspricht durchaus den bisherigen Grundlagen der englischen Außenpolitik. Aus seinen Ausführungen geht klar hervor, daß Chamberlain eine automatische Garantie für die Tschechoslowakei ablehnt. Wenn gerade diese Frage in der ausländischen Presse stark in den Hintergrund getrieben wird, so wird man sagen müssen, daß sich deutlicher als das Problem anders stellt, nämlich als sudetendeutsches Problem. In dieser Hinsicht hat Chamberlain es nicht an Mahnungen gegenüber der Prager Regierung fehlen lassen, und auch die Abneigung einer Garantie muß in dem Sinne als eine Mahnung an Prag zur Erfüllung der bereits getroffenen Verbindlichkeiten ausgelegt werden. Hinsichtlich Österreichs hätten wir bei Chamberlain gar nicht Verständnis dafür gesehen, daß es sich bei der Rückkehr Österreichs in das Reich um einen naturnotwendigen Vorwand handelt, durch den nicht die internationalen Sorgen vermieden würden, sondern der gerade dazu beiträgt, daß auf natürlichem Wege ein europäischer Unruheherd bestellt wurde. — Wenn Chamberlain die kaum ernst zu nehmende Einladung Sovjetrusslands zu einer „Friedenskonferenz“ ablehnt, so spricht das für die realpolitische Einstellung des englischen Ministerpräsidenten. Im ganzen wird man sagen können, daß die Rede die englische Außenpolitik fast umgedreht und daß eine solche Äußerung der außenpolitischen Ziele eines Landes jetzt zu begrüßen ist.

Also doch Kriegsschiffe über 35000 Tonnen

London, 25. März.

Wie der Neuerkorrespondent berichtet, haben nunmehr sowohl Großbritannien wie auch die Vereinigten Staaten beschlossen, die Gleitklausel des Londoner Flottenvertrages anzuwenden. Großbritannien wie die Vereinigten Staaten werden also von nun an Kriegsschiffe über 35000 Tonnen bauen. Eine Stellungnahme der französischen Regierung hierzu liegt noch nicht vor.

Die Londoner Meldungen, wonach England und die Vereinigten Staaten größere Schlachtschiffe als 35000 Tonnen bauen wollen, wurden in Washington baldmöglichst bestätigt. Während man annimmt, daß England 42000 Tonnen als Höchstgrenze festlegen wird, wird sich das amerikanische Marineministerium wahrscheinlich nicht auf die Tonnenanzahl festlegen, bevor nicht die japanischen Pläne bekannt und die eigenen weiter fortgeschritten sind.

Abschied der bayerischen Truppen von Tirol

Innsbruck, 25. März.

Die in Tirol und Vorarlberg liegenden bayerischen Truppen rückten am Donnerstag wieder in ihre heimatlichen Standorte ab. Am Donnerstagmorgen fand auf dem Adolf-Hitler-Platz in Innsbruck die feierliche Verabschiedung der deutschen Truppen durch General Doebl statt. Der Abschied war mit einer Parade verbunden, an der Soldaten aus Bayern und Tirol gemeinsam teilnahmen. Das Bataillon der Tiroler Jäger, das kürzlich München besucht hatte, trat bei dieser Gelegenheit zum ersten Male in den neuen Uniformen der deutschen Wehrmacht an.

Wie wird am 10. April abgestimmt?

Erklärungen zu Wahlabstimmung und Reichstagwahl

Berlin, 25. März.

Heimlich wird zur Erklärung der Verordnung des Reichsministers des Innern über die Wahlabstimmung und die Wahl noch folgendes mitgeteilt: An der Wahlabstimmung und der Reichstagwahl nehmen alle reichsdeutschen sowie alle österreichischen Stimmberechtigten teil. Der Stimmzettel hat für alle ein und denselben Wortlaut.

1. Reichsdeutsche, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt in Österreich haben, können vor den österreichischen Stimmbehörden ihre Stimme abgeben.

2. Österreichische Stimmberechtigte, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im bisherigen Reichsgesetz haben, können vor den reichsdeutschen Stimmbehörden ihre Stimme abgeben.

3. Reichsdeutsche, die sich am Wahlgang in Österreich aufhalten, ohne dort ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt zu haben, also z. B. Reisende, können mit einem von der

reichsdeutschen Heimatbehörde ausgestellten Stimmzettel vor den österreichischen Stimmbehörden abstimmen.

4. Ebenso können österreichische Stimmberechtigte, die sich am Wahlgang im bisherigen Reichsgebiet befinden, ohne dort ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt zu haben, vor den reichsdeutschen Stimmbehörden mit einem von der öster-

In dieser Nummer beginnt unser
neuer Roman